Nr. 620a
XXX. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
7. Dezember 1901

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag.

106. Sitzung vom 6. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Rheinbaben, Möller.

Eingegangen ist der **Reichshaushaltsetat.**

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Berathung des **Zolltarifgesetzes.**

Abg. **Speck** (Ctr.):

Dieses Gesetz hat in weitesten Kreisen das größte Interesse hervorgerufen. Die prinzipielle Frage ist schon genügend erörtert worden. Abg. Richter hat den Tarif als die Inaugurirung einer chinesischen Politik bezeichnet. Thatsächlich ist der Entwurf sowohl durch die Bedürfnisse der Landwirthschaft wie der Industrie begründet. Ich habe allen Respekt vor den Kenntnissen des Abg. Gothein, glaube aber doch, daß die einzelnen Industrien besser wissen, wo sie der Schuh drückt. Mein Kollege Dr. Spahn hat nicht behauptet, daß es unter den Großgrundbesitzern keine Millionäre gäbe, sondern nur gesagt, sie wären nicht durch die Landwirthschaft das geworden. Ich bedauere, daß uns nicht eine Denkschrift über die Wirkungen der Handelsverträge auf Industrie und Landwirthschaft zugegangen ist. Die Landwirthschaft hat lange genug **ohne Gewinn** gearbeitet. Es ist mir unverständlich, wie der Abg. Bebel jetzt der Landwirthschaft einen Vorwurf daraus machen kann, daß sie sich die technischen Fortschritte zu eigen gemacht hat. Hätte sie es nicht gethan, würde er auch einen Stein auf sie werfen. Der Uebergang vom Ackerbau zur Viehzucht vollzieht sich gar nicht so leicht, denn dazu gehört in erster Linie Geld. Nach meiner Ansicht kann das Wohl des Vaterlandes es niemals erfordern, daß die Landwirthschaft sich opfere. Die Herren von der Sozialdemokratie sind ja mit Vorschlägen zur Besserung gleich bei der Hand, sie wollen die Wirthschaftung selbst übernehmen. Es müßte allerdings ein **erhebendes Schauspiel sein, die Herren Bebel und Singer als ostpreußische Grundbesitzer zu sehen.** (Heiterkeit.)

Sehr interessant waren mir die Ausführungen des Herrn Handelsministers, aus denen hervorging, daß wir für die Zollermäßigung von Oesterreich so gut wie keine Gegenleistung erhalten können. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Zölle allein nicht helfen können, wir können dem Landwirth aber wenigstens einen festen Absatz sichern. Die Wirkung der Schutzzölle läßt sich noch nicht unbedingt ablehen, da diese sehr abhängig ist von der Gestaltung des Weltmarktpreises. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an den **Bierzoll.** Der Export der Pilsener Brauereien ist nicht zurückgegangen. So wird es auch jetzt gehen. Den größten Theil der Zölle wird das Ausland tragen, einen weiteren Theil der Zwischenhandel. Mißstände werden sich nur in Nothstandsjahren ergeben; dann kann man aber auf gesetzlichem Wege Ausnahmebestimmungen treffen. Wenn die Landwirthschaft wirklich vier Prozent Zinsen bringt, warum legt denn die Sozialdemokratie ihre Parteigelder in dreiprozentigen Reichsanleihen an? Der Abg. Bebel hat auf Ausführungen des früheren Centrumsabgeordneten Reichensperger hingewiesen, er hat doch aber von meinem Kollegen Dr. Spahn hören können, daß wir nicht für die Handelsverträge gewesen wären, wenn wir damals gewußt hätten, was wir jetzt wissen.

Es ist vollkommen falsch, zu behaupten, wir wären **Feinde der Industrie.** Nach meiner Ansicht wäre es allerdings falsch, wenn die Industrie noch weitere Fortschritte machte. Das wäre wirklich das größte Unglück, das kommen könnte. Wo wären wir heute, wenn wir ein reiner Industriestaat wären? Millionen von Arbeitern würden brodlos auf der Straße liegen. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber dafür gesorgt, daß die Bäume der Sozialdemokraten nicht in den Himmel wachsen. (Zuruf des Abg. **Reißhaus: Alter Kohl!**) Das ist kein alter Kohl, sondern das sind Thatsachen, die wir berücksichtigen müssen, denn darüber ist kein Zweifel, daß unser deutscher Bauernstand konservativ ist bis auf die Knochen. Die Zölle können mit der Verarmung nicht in Verbindung gebracht werden, denn in England ist ohne solche Zölle eine viel größere Masse Proletariat vorhanden. In Frankreich ist ja sogar ein Sozialdemokrat Handelsminister. (Zuruf des Abg. **Singer:** Leider!) Er hat aber keine Schritte gethan, die hohen Zölle aufzuheben. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Ballestrem** (unterbrechend):

Ich wollte nur bemerken, daß der Redner ja fragen kann, **aber ich bitte die Herren, doch nicht zu antworten, ehe Sie das Wort haben.** (Heiterkeit.)

Abg. **Speck** (Ctr., fortfahrend):

Was mit einer Auflösung erreicht würde, haben ja die Wahlen von 1898 bewiesen. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) den Arbeitern das Brod billiger geben wollen, warum nehmen denn Ihre Genossenschaftsbäckereien 20 Prozent Verdienst?

(Reichskanzler Graf Bülow erscheint im Saal.)

Auch wir streben danach, **Handelsverträge** abzuschließen, aber ich halte es für verkehrt, jetzt vor aller Welt das zu erklären. Das ist eine **unwürdige Kriecherei.** Die Unterbilanz, die die europäischen Staaten im Verhältniß zu Amerika haben, ist eine außerordentlich große; mit dem Eingang der Dividenden allein läßt sich das nicht erklären. Daß Deutschland die amerikanischen Maschinen braucht, ist mir neu. Unerhört ist es auch, wenn man sagt, Amerika ist der aufgehende Stern des zwanzigsten Jahrhunderts. **Wir haben die Freundschaft mit Amerika bisher stets theuer bezahlen müssen.** Die Statistik lehrt uns, daß jetzt auch die industrielle Ausfuhr Amerikas eine ganz erhebliche Steigerung erfahren hat. Der Abg. Richter hat früher einmal behauptet, Amerika stände bereits an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit; darin hat er sich aber gründlich getäuscht. An die Abfertigungsbeamten stellt der neue Tarif allerdings sehr hohe Anforderungen. Redner tadelt, daß im Zolltarif in der **Verdeutschung zu weit** gegangen sei, indem zum Beispiel das Wort „Parfümerie" ersetzt sei durch „Schönheitsmittel", und fährt dann weiter fort: Daß unter die **Minimaltarife** bei den nachfolgenden Verhandlungen auf keinen Fall heruntergegangen werden darf, hatte ich für selbstverständlich. Von dem **Hopfenbauern** wird dankbar anerkannt, daß eine Erhöhung des Zolles vorgenommen werden soll. Wir sind heute nicht mehr ein Hopfen ausführendes Land, sondern ein importirendes, obwohl unser bayerischer Hopfen hinter keinem ausländischen zurücksteht. Außerdem müßte Sicherheit geschaffen werden, daß die Erhöhung des Hopfenzolles bei den Vertrag handlungen mit Oesterreich nicht wieder fallen gelassen wird. Ich persönlich bin auch für eine Erhöhung des **Gerstenzolles.** Die Gerste ist bisher stets das Stiefkind der Zollpolitik gewesen. Das ein Bezug ausländischer Gerste für die Brauindustrie nicht noth- wendig ist, ist jedenfalls längst bewiesen. Die Landwirthschaft ist von Jahr zu Jahr auf den Zolltarif vertröstet worden, aber ich erwarte, daß sie in ihrer Hoffnung auf diesen Tarif nicht getäuscht wird. Wir werden **mit allen durch die Geschäftsordnung gebotenen Mittel** danach trachten, den Zolltarif zu Stande zu bringen. (Beifall.)

Bayerischer Bundesrathsbevollmächtigter, Finanzminister Freiherr **v. Riedel:**

Meine Herren! Wenn ich mich zum Worte meldete, so geschah das nicht, weil ich der Begründung und Vertheidigung des Entwurfs vom Regierungstische irgend etwas beizufügen habe. Es geschah namentlich deshalb, weil in der Debatte einige **speziell bayerische Fragen** berührt worden sind, die ich nicht ganz unbesprochen lassen möchte, und dann, weil ich glaube, es sei vielleicht doch angebracht, daß ein einzelstaatlicher Minister in dieser Sache das Wort ergreife, und zwar umsomehr, als der Entwurf in steter Fühlung mit den Einzelregierungen zu Stande gebracht und von denselben vollkommen gebilligt worden ist. Ich werde mich möglichst kurz fassen.

Der Gegenstand, mit dem sich das hohe Haus seit einigen Tagen beschäftigt, ist bekanntlich schon in dem Stadium der Vorbereitung des Entwurfs von zahlreichen Männern der Wissenschaft und der Praxis, von Praktikern der verschiedensten Art auf das Eingehendste behandelt worden; aber aus dem lebhaften Widerspruch der Meinungen ging eigentlich nur eine Thatsache unwiderleglich hervor, das ist die, daß eine befriedigende Neuordnung unserer Zollverhältnisse in absehbarer Zeit nicht zu Stande käme, wenn man sich bei der bisher Seit nicht zu Stande käme, wenn man sich bei der Ordnung auf einen der so weit von einander abweichenden extremen Standpunkte stellte. Die verbündeten Regierungen sind durch die Stärke und die Bedeutung der einander gegenüberstehenden Gruppen dazu gedrängt, eine versöhnende Mittellinie aufzusuchen, welche geeignet ist, eine gesunde Unterlage für die weitere Entwickelung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse zu gewähren. Man kann dem entgegenhalten, daß es in Prinzipienfragen eigentlich keine Mittellinie gäbe. Nun, das hat etwas für sich; allein im praktischen Leben sieht die Sache doch ganz anders aus. Meine Herren! Sie werden vielleicht schon selbst erfahren haben, daß die sogenannten **Prinzipienreiter** von der besten Sorte in der Regel im praktischen Leben, wie man bei uns zu Hause sagt, **den Fleck neben das Loch setzen.** (Heiterkeit.) Dazu kommt noch, daß die verschiedenen Meinungen, sie mögen noch so gute Gründe für sich anführen) können, doch, was die Wirkung der zu erreichenden Maßregeln betrifft, im Felde der Vermuthungen stehen. Ist das richtig, so sind auch die Regierungen berechtigt und verpflichtet, sich ein Bild von der Zukunft zu machen und Ihnen diejenigen Vorschläge zu unterbreiten, die sie als die besten für das Gemeinwohl erachten. Das ist geschehen, und zwar vor allem auf Grund der feststehenden Erfahrungen und des vorhandenen reichen Materials. Den verbündeten Regierungen lag und liegt jede Begünstigung einseitiger Interessen fern. **Die Fürsorge für die Wohlfahrt der Gesammtnation** war der einzige Leitstern für die Ausarbeitung der Entwürfe. Der Abg. Bebel hat gestern gerade in dieser Hinsicht besondere Zweifel gehegt. Ja, meine Herren, ist denn die Erhaltung des hochwichtigen Standes der Landwirthe und des Schutzes der heimischen Arbeit, das ist der Sicherung der Existenz unserer Arbeiter, kein Gegenstand staatlicher Fürsorge? Und ist die Frage, ob und inwieweit wir in Bezug auf die wichtigsten Nahrungsmittel vom Auslande abhängig sind, oder die weitere Frage, wie die einzelnen Gewerbsstände in unserem Staat vertheilt sind, etwa kein Gegenstand, auf den die Regierungen die ernsteste Aufmerksamkeit richten müssen? Wer die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ohne Voreingenommenheit betrachtet, wird nicht bestreiten wollen, daß die Landwirthschaft, und zwar nicht blos im Norden und Osten, sondern auch im Westen und Süden, und nicht blos der Großgrundbesitz, sondern auch der Mittel- und Kleinbesitz unter der jetzigen Zollgesetzgebung **in vielfacher Beziehung zu leiden** hat (Sehr wahr! rechts) und in der Mitte), daß sie besonders des nöthigen Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz, die unter günstigen Produktionsverhältnissen arbeitet und namentlich nicht die öffentlichen Lasten zu tragen hat, die unserer Landwirthschaft obliegen, entbehrt. Die verbündeten Regierungen sind speziell auch die bayerische sind deshalb überzeugt, daß bei Neuordnung der Verhältnisse für die Landwirthschaft etwas geschehen müsse. Sie sind weiter überzeugt, daß hierbei nicht minder das Interesse der übrigen Bevölkerungsstände und die Möglichkeit des Abschlusses langfristiger Handelsverträge in Betracht zu ziehen sei. Insbesondere befinden sich die verbündeten Regierungen in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, der Entwurf berühre nicht die Abwendung von der Politik der Tarifverträge, aber diese dürfen nicht abgeschlossen werden unter Preisgebung vitaler Interessen Deutschlands. So abgeschlossene Verträge sind einfach ein Akt der Selbsterhaltung und Klugheit, **nicht ein Kuhhandel,** wie Herr Richter meinte.

Wie könnte Deutschland in Vertragsverhandlungen mit anderen Staaten, die inzwischen ihre autonomen Tarife erhöht haben, mit Erfolg eintreten, wenn es bei den Verhandlungen nichts anzubieten hätte? (Sehr wahr! rechts.) Die Zumuthung, unsere Tarife in so **harmloser Weise zu gestalten,** ist doch **etwas unschuldig.** (Heiterkeit.) Allerdings muß bei der Festsetzung der Höhe der Zölle, und namentlich der Getreidezölle, die größte Vorsicht walten. **Allzu hohe Getreidezölle sind vom Standpunkt der Volksernährung und der Möglichkeit der Vertragsabschlüsse den schwersten Bedenken ausgesetzt und würden auch für die Dauer nicht von Vortheil sein.** (Hört, hört! links.) Dagegen lassen sich die mäßigen Getreidezölle der Vorlage damit wohl vereinbaren. Die Rechnungen, welche der Herr Abg. Bebel gestern in Bezug auf die Getreidezölle in so drastischer Weise vorgetragen hat, sind rücksichtlich der in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mindestzölle nicht zutreffend, sie sind, wie der königlich preußische Herr Finanzminister gestern an der Hand der seitherigen Erfahrungen unwiderleglich nachgewiesen hat (Widerspruch links) — jawohl, unwiderleglich nachgewiesen hat (Beifall rechts), durchaus unrichtig, und damit zerstanden alle daraus abgeleiteten Folgerungen in nichts. (Sehr wahr! rechts.)

Ich möchte das hohe Haus nicht mit weiterem Zahlenmaterial belästigen, sondern nur ein paar Fragen aufwerfen. Hat sich das wirthschaftliche Leben in Deutschland seit Einführung von Getreidezöllen im Allgemeinen gehoben oder nicht? Sind Handel und Industrie zurückgegangen oder nicht? Und ist die Lebenshaltung und das Loos der Arbeiter seitdem schlechter geworden oder besser? (Sehr gut! Sehr wahr!) Meine Herren, ich glaube, über die Beantwortung dieser Fragen kann niemand im Zweifel sein. (Beifall). Dann aber ist auch im Hinblick auf die mäßige Erhöhung der Getreidezölle der gegen die Regierung geschehene Vorwurf, daß sie einen **Hungertarif** vorgelegt habe, nicht richtig. (Widerspruch links.) Meine Herren, die Regierungen wollen mit der Vorlage die Existenz der Arbeiter in dauernder Weise befestigen, nicht aber gefährden. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Die Getreidezölle sind, wie auch die landwirthschaftlichen Kreise anerkennen, **kein Allheilmittel.** Meine Herren, ein Landwirth, der sein Gut zu theuer kauft und mit übermäßigen Schuldzinsen belastet, über seine Kräfte lebt, der nicht rationell wirthschaftet und namentlich nicht rechnet, wird auch bei den höchsten Getreidepreisen auf keinen grünen Zweig kommen. (Sehr richtig!) Selbst wenn einem ein Gut unentgeltlich zu bewirthschaften überlassen würde, so würde er auch nicht prosperiren: wenn er von der Sache nichts versteht und nicht haushältersich ist. (Sehr richtig! Zurufe und Heiterkeit links.) Allein daraus folgt noch lange nicht, daß mäßige Getreidezölle der Landwirthschaft überhaupt nichts nützen. Sie bilden jedenfalls einen **gerechten Ausgleich der höheren Kosten und Lasten.** Sie fördern die Rentabilität des Getreides und sind vielleicht geeignet, eine Preisbildung im Sinne einer gewissen Stetigkeit zu beeinflussen. (Sehr richtig!) Auch wird die Landwirthschaft, wenn ihre Arbeit lohnend und gesichert sein wird, leicht im Stande sein, die Hilfskräfte bei sich festzuhalten. (Sehr richtig!) Das ist eine Frage, die auch für den Unternehmer wie für die Arbeiter von großer Wichtigkeit ist. In Bezug auf die Höhe der Getreidezölle gehen die Forderungen bekanntlich weit aus einander. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, wie bedenklich sich es wäre, wenn man den Bogen zu straff spannen wollte. Es giebt übrigens viele tüchtige und erfahrene Landwirthe, welche die Sätze des Entwurfes für entsprechend halten, und zwar um so mehr, als man bei der außerordentlichen Verschiedenheit der einzelnen Gegenden Deutschlands immer auf die Wahl einer Durchschnittsziffer angewiesen ist. Die Forderung einer gleichheitlichen Verzollung aller vier Hauptgetreidearten ist neueren Datums. Hierbei wird vor allem nach meiner Meinung übersehen, daß die einzelnen Getreidearten in verschiedenen Gegenden sehr verschiedenartige Bedeutung und Stellung haben. Eine Sonderstellung nimmt hier die auch von dem Herrn Vorredner berührte und wesentlich behandelte Gerste ein. Sie bildet, so weit sie für Brauzwecke verwendet wird, das Rohprodukt einer über ganz Deutschland ausgedehnten, mehr und mehr sich ausbreitenden Industrie, die mit der Landwirthschaft vielfach auf das Innigste verbunden ist und überdies einen nicht unbedeutenden Export hat, der im Jahre 1900 sich auf 1,130,000 Doppelcentner belief. Eine wesentliche Vertheuerung dieses Rohproduktes würde darüber hinaus ich nicht im Zweifel — entweder die Existenz der mittleren und kleinen Betriebe, also gerade der regelmäßigen Kundschaft und der regelmäßigen Abnehmer der inländischen Gerste in Frage stellen. (Widerspruch in der Mitte.) Sie können doch nicht den Gegentheil behaupten, diese kaufen nur inländische Gerste. Eine wesentliche Vertheuerung des Rohproduktes würde die Existenz zahlreicher mittlerer und kleiner Betriebe gefährden oder zu einer Preiserhöhung führen, welche nicht nur die städtische, sondern auch die ländliche Bevölkerung belasten würde. Die städtische Bevölkerung würde doch sehr empfindlich berührt (Heiterkeit), da sich die Erhöhung des Detailpreises immer nur um 2 Pfennige pro Liter vollziehen kann. Das ist gerade der Grund, warum hier eine Preiserhöhung viel drastischer wirken würde als zum Beispiel bei der mäßigen Erhöhung der Kornzölle, die bekanntlich in Bezug auf die Brodpreise gar keine Rolle spielt. Ich habe im bayerischen Landtage auf Grund genauester Ziffern nachgewiesen, daß die Summe, um welche die ländliche Bevölkerung in Bayern allein infolge einer Bierpreiserhöhung mehr zahlen müßte, größer ist als die Summe, die die sämmtlichen Gerstenproduzenten bei einer Erhöhung des Gerstenpreises um 3 Mark pro Doppelcentner einheimsen würden. Nun hat der Vorredner vorhin bemerkt, die Großbrauer, die ohnehin das Bier mit 24 bis 26 Pfennig bezahlt bekommen, kommen die Unkosten recht gut tragen. Ich bin **kein Agent der Großbrauer,** wie mir manchmal nachgesagt wird (Heiterkeit), ich habe sie nach Kräften zur Steuer herangezogen; ich will das gebe ich vollständig zu. Wer namentlich das Austenteverhältniß mancher Braugerste kennt, wird zugeben, daß die Großbrauer sich viel leichter helfen können als die kleinen und mittleren. Es kommt aber noch etwas dazu: die Großbrauer sind ja heute schon auf dem Lande in einer Weise thätig, daß den übrigen Brauereien das Fortwirthschaften recht erschwert wird. Die Landbrauereien nehmen keineswegs, wie der Vorredner meinte, 24—26 Pfennig für das Bier ein, resp. die Wirthe, nein, in weiten Gegenden Bayerns kostet das Bier nach wie vor 20 Pfennige (Sehr wahr!) und die Bevölkerung ist nicht dazu zu bewegen, einen höheren Preis auszugeben. Also das sind Dinge — ich will das hohe Haus nicht zu lange aufhalten — die recht ernst erwogen sein wollen. Es ist sicherlich kein Uebelwollen gegen die Landwirthschaft, wenn ich die Herren bitte, **die Sache sich noch einmal recht klar zu machen.**

Noch kommt die Frage, die gestern ein Herr Vorredner angeregt hat, daß ihm nicht bekannt sei, daß Gerste zu Futterzwecken eingeführt wird. Die Herren aus Norddeutschland werden das besser wissen. (Sehr richtig!) Was der Abg. Müller gestern über die Verwendung der bayerischen Gerste gesagt hat, ist nicht buchstäblich zu nehmen. Aber zweifellos richtig ist, daß man aus der bayerischen Gerste **das allerbeste Bier der Welt** braut (Beifall und Heiterkeit), nur nicht zu allen Jahreszeiten, weil die bayerische Gerste später reift als die ausländische. Auf diesen Punkt muß auch Rücksicht genommen werden, wenn man von Export und von Entwickelung der Industrie spricht. Da hilft kein Lachen; das sind Dinge, die nicht zu ändern sind. **Es wächst auch nicht überall Johannisberger** oder sonst ein bevorzugter Wein; das ist eine Sache der Lage und des Klimas.

Nun, wenn nachgewiesen ist, daß ein großer Theil des Zolles vornehmlich auf Gerste vom Erzeuger selbst getragen werden muß, und wenn das Gleiche gilt von der Futtergerste, dann möchte ich fragen, ob damit, daß man dem einen Theil der ländlichen Bevölkerung einen Zoll zu Gunsten des anderen auferlegt, eine wesentliche Verbesserung der Lage der Landwirthschaft herbeigeführt wird. Was die Sache selbst betrifft, so ist richtig, daß die Einfuhr der ausländischen Gerste außerordentlich zugenommen hat. Aber auch der Konsum hat sich riesig gesteigert. Nach der Statistik hat der Bierverbrauch im deutschen Reiche 1880 betragen 37,783,000 Hektoliter, 1899 aber 69,459,000 Hektoliter. Andererseits ist auch die Anbaufläche gestiegen, nämlich seit 1893 bis 1900 im Reiche um 75,626 Hektar, (Hört, hört!), in Bayern um 12,547 Hektar. Wegen des Jahr 1878 erstellt sich die Zunahme der Anbaufläche in Bayern allein auf 40,637 Hektar. (Hört, hört!) Die Steigerung des Ernteertrages ist der Anbaufläche entsprechend. Der gesammte Ernteertrag betrug 1900 3,200,000 Tonnen rund, das ist 30,021,000 Doppelcentner gegenüber 23,597,000 Doppelcentnern im Jahre 1893. Auch der Durchschnittsertrag pro Hektar hat sich in dieser Zeit wesentlich gehoben. Die Einfuhr, welche 1897 sich in 1,063,000 Doppelcentner betrug, ist 1900, wo eine gute Ernte in Deutschland war, auf 781,000 Doppelcentner gesunken, ein Beweis, wie gerade bei diesem Artikel sich die Einfuhr außerordentlich dem Bedarf anbequemt. Bei den Preisen ist das Nämliche der Fall. Die Preise für Gerste sind in den letzten 26 Jahren nahezu gar nicht gewichen, während die Preise für Weizen und Korn ganz außerordentlich gesunken sind. Es hat sich zum Beispiel in dem zehnjährigen Zeitraum von 1890 bis 1900 ereignet, **daß der Gerstenpreis für prima Waare zweimal höher war als der Roggenpreis.** Es sind also, man mag die Sache ansehen, wie man will bei der Gerste verschiedene Verhältnisse vorherrschend. Aus diesen Ziffern, glaube ich, wird man bei einer unbefangenen Würdigung derselben doch annehmen, daß eine Gleichheit der Verzollung der vier Hauptgetreidearten, an die früher ohne ihn Niemand gedacht hat, den wirklichen Verhältnissen nicht entspricht. Ich rede überhaupt nicht von der Höhe einzelner Ziffern, ich glaube, das ist Sache der Kommissionsberathung, aber ich habe mich verpflichtet gefühlt, Ihnen die diesen Ziffern entgegenstehenden vorzutragen.

Was den **Hopfen** betrifft, so hat der Hopfenbauer mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen, mit größeren Schwierigkeiten als irgend ein landwirthschaftlicher Betrieb. Die Lage des Hopfenbaues hat sich in den letzten Jahren sehr verschlimmert. Die Hopfenanbaufläche betrug in Deutschland im Jahre 1883 48,000 Hektar, in Bayern 26,000, im Jahr 1901 in Deutschland nur 34,598, in Bayern nur 22,529. Die Einfuhr — und das ist für unsere Hopfenbauer das Betrübende — ist gestiegen auf 25,774 Doppelcentner im Durchschnitt der Jahre 1886 bis 1900, sie hat sich seit 1886 bis 1900 um nahezu 96 Prozent erhöht. Die Ausfuhr dagegen hat in den gleichen Jahren um 34 Prozent abgenommen; sie ist gewichen von 134,463 Doppelcentner auf 87,000 Doppelcentner. Die Preise für Hopfen schwanken ja so sehr, daß dadurch nichts bewiesen wird. Richtig ist, was der Herr Vorredner in Bezug auf eine abermalige Steigerung im heurigen Jahre gesagt hat. Ich füge nur eines hinzu: früher war der Hopfen nur prima Waare, die schwer zu entbehren war, im heurigen Jahre ist die Sache anders. Die prima Waare war früher auch immer theurer als der inländische Hopfen. Heuer werden in Nürnberg zehn oder zwölf Sorten notirt, was früher gar nicht vorgekommen ist und zwar Hopfen zu einem Preise, der trotz Zoll und Fracht billiger ist, als der inländische Hopfen. Das ist eine Thatsache, die bei Würdigung dieser Frage recht wohl in Betracht zu ziehen sein wird.